Förderantrag Wohnraum für Auszubildende und Studierende

Bewilligungsbehörde				
Antragstellende Personen/antragstellendes Unternehmen Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse				
Bevollmächtigte Person/Firma Name, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse				
Förderobjekt (Projektbezeichnung und Adresse)				
Datum der Antragstellung				
Aktenzeichen Bewilligungsbehörde				
Eingangsstempel Gemeinde				
Eingangsstempel Bewilligungsbehörde				

Förderdarlehen/Tilgungsnachlass für die Neuschaffung von Wohnplätzen für Auszubildende und Studierende durch

Neubau Nutzungsänderung oder Erweiterung

Zusatzdarlehen	für:			
standortbedingte Mehrkosten		Klimaanpassungsmaßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten		
Energieeffizie	enz	Bauen mit Hol	Z	
städtebauliche oder gebäudebedingte Mehrkosten		ein Mehr an ba	arrierefreiem Wohnen	
Planungswett	bewerbe			
Förderdarlehen	bestehend aus:			
Grunddarlehen				€
und Zusatzdarlehen				€
Gebäudeüberg	greifende Angaben			
Dauer der Zweck	bindung			
25 Jahre	30 Jahre	35 Jahre	40 Jahre	
Anzahl Tiefgaran	genstellplätze			
Anzahl Garagens	tellplätze			
Anzahl oberirdisc	cher Stellplätze			
Anerkennung	als Quartiersmaßnahme lieg	gt vor		
Quartiersbezeich	nung			

Baugrundlagen

Durchführungsdauer der geplanten Maßna	hmen in Monaten
Grundstück ist bereits bebaut	Bestehendes Gebäude bleibt erhalten
Baugenehmigung ist erforderlich	
Ja	Nein
Status der Baugenehmigung	
Baugenehmigung wurde beantragt	Baugenehmigung wurde erteilt
Erteilt am	
Aktenzeichen	Erteilt von
Mit den Bauarbeiten wurde begonnen	
Nein	Ja ¹
Eigentumsverhältnisse des Grundsti	ücks
Im Eigentum	Erbbaurecht
Kaufvertrag wird abgeschlossen	Kaufvertrag wurde abgeschlossen
Datum Kaufvertrag	
Vorhandende Werte und Verbindlich	nkeiten
Darlehensrestschuld zum Zeitpunkt der Antragstellung	
Wert der vorhandenen Gebäudesubstanz ²	
Wert des vorhandenen Baugrundstücks²	

¹ Zur Prüfung eines potenziellen Förderausschlusses wenden Sie sich bitte an die zuständige Bewilligungsbehörde.

² Hier sind nur Werte einzutragen, wenn das Grundstück nicht in den Gesamtkosten berücksichtigt wird (S. 10, KG 100).

Gebäudeaufstellung					
Adresse					
Straße		Hausnumm	ier	-	
PLZ Ort				-	
Objektdetails Wohnraum für Auszul	bildende und Stud	ierende			
Kategorie		Gesamtes Objekt	t	Zur Förderung vorgesehen	
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für	Auszubildende				
Anzahl der Wohnplätze für eine Person für	Studierende				
Anzahl der Wohngemeinschaften mit Wohn	plätzen				
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinschaf	ften für Auszubildende				
Anzahl der Wohnplätze in Wohngemeinscha	aften für Studierende				
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Aus	zubildende		m²		m ²
Gesamtwohnfläche der Wohnplätze für Stud	dierende		m^2		m ²
Fläche der Gemeinschaftsräume			m²		. m²
Baujahr der vorhandenen Gebäudesubstanz				-	
Nicht zur Förderung vorgesehen Ein	nheiten im Gebäu	de			
Anzahl der Gewerbeeinheiten	Gesamtnutzfläche d	er Gewerbeeinheit	ten	-	
Höchstzulässige Miete je Wohnplatz	Z				
Bewillligungsmiete			€		
Zuschlag für Erstausstattung mit Einbaumöbeln			€		
Zuschlag für die Versorgung mit Internet			€		
Zuschlag für weitere mietvertragliche Nebenleistungen			€		

BEG Effizienzhaus 40 Standard	Netto-Null-Standard
Förderfähiger Einsatz von Holz	kg
Anzahl elektrisch bedienbarer Wohnungstüren	
Anzahl elektrisch bedienbarer Hauseingangs-, Wohnungseingangs- und Brandschutztüren	
Anzahl Wohnplätze für Rollstuhlnutzende oder Menschen mit Schwerbehinderung	
Anzahl Türen mit Nullschwelle zu Freibereichen	
Anzahl rollstuhlgerechter, unterfahrbarer Einbauküchen	
Städtebaulicher Wettbewerb (alle förderfäl	-
Grundbuchangaben und Vorlasten	
Grundbuch	Wohnungsgrundbuch
Teileigentumsgrundbuch	Erbbaugrundbuch
Wohnungserbbaugrundbuch	Teileigentumserbbaugrundbuch
Restlaufzeit Erbbaurecht Jahre	
Amtsgericht	Ort Grundbuch
Gemarkung	Blatt
Flur(e)	
Flurstück(e)	
Flurstück(e) neu	
Grundstücksgröße	m²

Baulasten zugunsten oder zulasten des Förderobjekts sind vorhanden				
Art Baulasten				
Altlasten laut Verzeichnis der Altstandorte und Altablageru	ngen sind vorhanden			
Art Altlasten				
Vorränge Abteilung II				
Kostenaufstellung				
Baugrundstück				
KG 100: Grundstück (Kaufpreis)				
KG 200: Vorbereitende Maßnahmen				
Baukosten				
KG 300: Bauwerk – Baukonstruktion				
KG 400: Bauwerk – Technische Anlagen				
KG 500: Außenanlagen und Freiflächen				
Nebenkosten				
KG 700: Baunebenkosten				
KG 800: Finanzierung				
Kosten für Unvorhergesehenes				
Summe Gesamtkosten				
Nachrichtlich: Angaben zu kostenabhängigen Zusatzdarlehen³				
Förderfähige standortbedingte Mehrkosten				
Förderfähige Herstellungskosten für Klimaanpassungsmaßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten				
Förderfähige städtebauliche oder gebäudebedingte Mehrkosten (Nutzungsänderung)				

³ Die hier erfassten förderfähigen Kosten dienen ausschließlich zur Bestimmung der Zusatzdarlehen und sind in den oben genannten Kostengruppen bereits inkludiert.

Finanzierungsmittel

Fremddarlehen ⁴
a) Darlehen der
Zinssatz% Auszahlung% Tilgung%
Tilgungsersatzleistungen€
Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre
Besicherung laut Grundbuch: vorrangig ⁵ nachrangig ⁵
nicht gesichert an anderen Objekten gesichert
b) Darlehen der
Zinssatz% Auszahlung% Tilgung%
Tilgungsersatzleistungen€
Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre
Besicherung laut Grundbuch: vorrangig ⁵ nachrangig ⁵
nicht gesichert an anderen Objekten gesichert
c) Darlehen der
Zinssatz% Auszahlung% Tilgung%
Tilgungsersatzleistungen€
Anzahl der tilgungsfreien Anlaufjahre
Besicherung laut Grundbuch: vorrangig ⁵ nachrangig ⁵
nicht gesichert an anderen Objekten gesichert
Förderdarlehen der NRW.BANK
Tilgung 2%
Eigenleistungen ⁶
Eigene Geldmittel
Zuschüsse
Sonstiges

Summe Finanzierungsmittel

Nachrichtlich: Selbsthilfe⁷

Sonstiges Sonstiges

⁴ Fremddarlehen können als Eigenleistung berücksichtigt werden, wenn auf die Besicherung im Grundbuch verzichtet wird oder eine Eintragung im Rang nach der NRW.BANK oder an anderen Objekten erfolgt.

⁵ Besicherung im Rang vor oder nach dem Förderdarlehen der NRW.BANK.

⁶ Sollen bereits bezahlte, unbelastete Grundstückswerte als Eigenleistung eingebracht werden sind diese unter "Sonstiges" auszuweisen.

⁷ Hier sind nur Selbsthilfeleistungen einzutragen, die sich reduzierend auf die Gesamtkosten auswirken und somit nicht Teil der Kosten und Finanzierungsmittel sind. Soll aktivierungsfähige Eigenleistung als Finanzierungsmittel berücksichtigt werden, ist diese stattdessen bei Eigenleistungen unter "Sonstiges: Aktivierungsfähige Eigenleistung" einzutragen.

Angaben zum Objektaufwand
Jährliche Erbbauzinsen
Monatliche Bewirtschaftungskosten ⁸ für Wohnplätze (in € pro Wohnplatz)
Monatliche Bewirtschaftungskosten ⁸ für Gewerbe (in € pro m²)
Monatliche Bewirtschaftungskosten ⁸ für Tiefgaragenstellplätze (in € pro Stellplatz)
Monatliche Bewirtschaftungskosten ⁸ für Garagen- stellplätze (in € pro Stellplatz)
Monatliche Bewirtschaftungskosten ⁸ für oberirdische Stellplätze (in € pro Stellplatz)
Sonstige Aufwände ⁹
Angaben zum Objektertrag
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für geförderte Wohnplätze (in € pro Wohnplatz)
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für frei finanzierte Wohnplätze (in € pro Wohnplatz)
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Gewerbe (in € pro m²)
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Tiefgaragenstellplätze (in € pro Stellplatz)
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für Garagenstellplätze (in € pro Stellplatz)
Durchschnittlicher monatlicher Mietertrag für oberirdischen Stellplatz (in € pro Stellplatz)
Sonstige Erträge

⁸ Bewirtschaftungskosten ohne Abschreibung und Betriebskosten.

⁹ Z. B. Laufende Leistungen der Restverbindlichkeiten. Finanzierungskosten der vorliegenden Gesamtfinanzierung müssen nicht angegeben werden.

Informationen und Erklärungen zu den Rechtsgrundlagen

Mir/Uns, der antragstellenden Person/dem antragstellenden Unternehmen ist bekannt:

- dass Grundlage der Antragstellung und Förderzusage das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW), die Förderrichtlinie Öffentliches Wohnen im Land Nordrhein-Westfalen 2025 (FRL öff Wohnen NRW 2025) sowie die jeweils dort genannten weiteren Rechts- und Verwaltungsvorschriften sind,
- 2. dass die Förderzusage auf der Grundlage des gestellten Förderantrags und der oben genannten Rechtsgrundlagen Bestimmungen über die Einsatzart und Höhe der Fördermittel, die Dauer der Gewährung, Verzinsung und Tilgung der Fördermittel, die Einhaltung von Einkommensgrenzen und Wohnungsgrößen, die Rechtsfolgen eines Eigentumswechsels an dem geförderten Objekt, die Art und Dauer der Belegungsbindung sowie die Art, Höhe und Dauer der Mietbindungen enthalten wird,
- 3. dass unrichtige oder unvollständige Angaben im Förderantrag oder in den beizubringenden Unterlagen, ebenso wie ein Verstoß gegen Mitteilungs- oder Auskunftspflichten aus dem Förderantrag, die Rücknahme der Förderzusage beziehungsweise die Kündigung des Darlehensvertrags nach sich ziehen können und strafrechtlich verfolgt werden können.

Bei den Fördermitteln handelt es sich um Gelder des Landes NRW, die ursprünglich aus Steuermitteln finanziert wurden und über die NRW.BANK revolvierend zur Förderung des Wohnungsbaus eingesetzt werden; ferner um Finanzhilfen des Bundes.

Verpflichtungen und Erklärungen für die Förderung von Wohnplätzen

Verpflichtungen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns,

1. Durchführung der Maßnahme

die geförderte Maßnahme entsprechend den hierfür geltenden Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen sowie den Bestimmungen und gegebenenfalls den Auflagen der nach diesem Förderantrag erteilten Förderzusage innerhalb von 24 Monaten nach Erteilung der Förderzusage durchzuführen. Die bewilligten Fördermittel werde(n) ich/wir ausschließlich für die im Förderantrag genannte Maßnahme verwenden.

2. Verwaltung der Wohnplätze

die öffentlich geförderten Wohnplätze entsprechend den maßgeblichen Rechtsvorschriften und Verwaltungsbestimmungen, insbesondere den Bestimmungen der Förderzusage, zu verwalten, vor allem die öffentlich geförderten Wohnplätze nur solchen Personen zur Nutzung zu überlassen, die nach den geltenden Bestimmungen und der Förderzusage bezugsberechtigt sind.

3. Zweckbindung

die öffentlich geförderten Wohnplätze für die Dauer von wahlweise 25, 30, 35 oder 40 Jahren an Auszubildende oder Studierende zu überlassen. § 13 Absatz 1 WFNG NRW findet keine Anwendung. Auszubildende haben ihre Wohnberechtigung gegenüber der Förderempfängerin oder dem Förderempfänger oder der Trägerin oder dem Träger der Einrichtung über eine Bescheinigung der Arbeitgeberin oder des Arbeitgebers nachzuweisen, Studierende durch eine Studienbescheinigung. Die Förderempfängerin oder der Förderempfänger oder die Trägerin oder der Träger der Einrichtung hat eine Belegungsliste zu führen, der die jeweils aktuellen Bescheinigungen der Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen sind.

4. Miete

für die Dauer der in der Förderzusage festgelegten Zweckbindung im Mietvertrag höchstens eine Miete zu vereinbaren, die die höchstzulässige Miete entsprechend der Förderzusage nicht übersteigt.

Hinweis zu den Punkten 3 und 4: Die gewählte Dauer der Zweckbindung bleibt im Fall einer vorzeitigen vollständigen Rückzahlung bestehen. § 23 Abs. 1 und 3 WFNG NRW bleiben unberührt.

5. Prüfung der persönlichen Voraussetzungen

der Bewilligungsbehörde und der NRW.BANK zur Prüfung der persönlichen Voraussetzungen gemäß § 9 Absatz 1 Satz 1 Nummern 2, 3 und 5 WFNG NRW auf Verlangen Nachweise über meine meine/unsere Einkommens- und Vermögensverhältnisse vorzulegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass bei einer Einschränkung, Ablehnung oder Rücknahme der Zustimmung zur Auskunftserteilung sowie bei nicht fristgerechter Vorlage der erforderlichen Unterlagen die Gewährung der beantragten Fördermittel gefährdet sein kann.

6. Verkauf

die Veräußerung von öffentlich geförderten Wohnplätzen während der Zweckbindung für den Zeitraum der Darlehensgewährung nicht ohne vorherige Zustimmung der NRW. BANK vorzunehmen. Näheres regelt der Darlehensvertrag.

7. Eigentumswechsel

im Fall des Eigentumswechsels meine/unsere Rechtsnachfolgerin beziehungsweise meinen/unseren auf diese Verpflichtungen hinzuweisen.

Erklärungen

Ich/Wir erkläre(n), dass

- 1. mit der Maßnahme/dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde. 10
- 2. die Angaben in diesem Förderantrag (einschließlich Antragsunterlagen) wahrheitsgemäß und vollständig sind.

¹⁰ Als Vorhabenbeginn gilt grundsätzlich der Baubeginn. Nicht als Vorhabenbeginn gelten zum Beispiel:

a) der Abschluss von Liefer- und Leistungsverträgen, die der Ausführung zuzurechnen sind, b) vorbereitende Untersuchungen (einschließlich Bodenuntersuchungen),

c) der Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks,

d) Verkehrssicherungsmaßnahmen (Brandschutzes, Statik) oder

e) standortbedingte Maßnahmen nach Nummer 2.5.2.2 FRL öff Wohnen NRW 2025.

Die Bewilligungsbehörde kann vor Erteilung der Förderzusage einem Vorhabenbeginn zustimmen.

Hinweise für die Antragstellerin/den Antragsteller

1. Ihre Hilfe und Mitwirkung ist erforderlich

Ihr Förderantrag soll möglichst schnell bearbeitet werden. Ihre Mitwirkung bei der Ermittlung von relevanten Sachverhalten sowie der Angabe von bekannten Tatsachen und Beweismitteln ist deshalb erforderlich und nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz (§ 26 VwVfG NRW) auch so vorgesehen.

Füllen Sie den Förderantrag bitte vollständig aus.

2. Schutz Ihrer Daten

Ihre persönlichen und antragsbezogenen Daten werden auf der Grundlage des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) in Verbindung mit Artikel 6 der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) sowie § 26 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW) erhoben. Danach sollen die Beteiligten an einem Verwaltungsverfahren, also auch die antragstellenden oder beauftragten Personen, bei der Ermittlung des Sachverhalts mitwirken, insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben. Eine Bearbeitung des Förderantrags ist nur möglich, wenn dieser vollständig ausgefüllt ist.

Ich/Wir habe(n) zur Kenntnis genommen, dass die Datenschutzhinweise der NRW.BANK unter der Internetadresse www.nrwbank.de/dsh_wrf eingesehen werden können.

Darüber hinaus gestatte(n) ich/wir, dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte bei Kreditinstituten, Wirtschaftsauskunfteien, anderen Bewilligungsbehörden, dem zuständigen Finanzamt sowie meinem/unserem Steuerberatungsbüro/Wirtschaftsprüfungsbüro oder Ähnlichem eingeholt werden. Ferner ist mir/uns bekannt, dass die NRW.BANK Einsicht in das elektronisch geführte Grundbuch nimmt.

Ich/Wir befreie(n) die NRW.BANK insoweit vom Bankgeheimnis.

Unterschriften

Für antragstellende Privatperson(en):

Mit der Unterschrift bestätige(n) ich/wir die Richtigkeit aller Angaben/Erklärungen dieses Förderantrags und bestimme(n) ausdrücklich die Adresse der ersten ausgewiesenen antragstellenden Person als Zustelladresse für Briefwechsel einschließlich Bescheiderteilung.

Name, Vorname				
Geburtsdatum	Staatsangehör	igkeit		Steuer-ID
Straße				Hausnummer
PLZ	Ort			
Angaben zum be	ruflichen Statu	s der antragstellenden Per	son ¹¹	
Arbeiter/-in		Angestellte(r)	Bear	mtin/Beamter
Rentner/-in, P	ensionär/-in	arbeitslos	Haus	sfrau/Hausmann
Schüler/-in		Studierende(r)	Ausz	zubildende(r)
ohne Berufsar	ngabe			
wirtschaftlich	selbstständig	Wirtschaftszweig/Branch	e	
freiberuflich s	elbstständig	Wirtschaftszweig/Branch	e	
Unterschrift				

¹¹ Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Antragstellende	Person 2		
Name, Vorname			
Geburtsdatum	Staatsangehör	rigkeit	Steuer-ID
Straße			Hausnummer
PLZ	Ort		
Angaben zum b	eruflichen Statu	s der antragstellenden Pe	rson ¹²
Arbeiter/-in		Angestellte(r)	Beamtin/Beamter
Rentner/-in, F	Pensionär/-in	arbeitslos	Hausfrau/Hausmann
Schüler/-in		Studierende(r)	Auszubildende(r)
ohne Berufsa	ngabe		
freiberuflich selbstständig		Wirtschaftszweig/Branch	ne
		Wirtschaftszweig/Branch	ne
Unterschrift			
Für ein antragst	tellendes Untern	ehmen:	
dieses Förderant	trags und bestim i Unternehmens	ich/wir die Richtigkeit aller me(n) ausdrücklich die Adr als Zustelladresse für Brief	esse des ausgewiesenen
Steuernummer			
Unterschrift		Firmenstempe	I

¹² Bitte die Zusatzangaben zum Beruf ankreuzen, diese sind aufgrund § 18 BBankG – Kreditnehmerstatistik der Deutschen Bundesbank erforderlich.

Unterlagen

Die nachfolgend aufgelisteten Unterlagen sind in digitaler Form bei der Bewilligungsbehörde einzureichen¹³.

- 1. Lageplan (gem. § 3 BauPrüfVO) und aktuelles Grundbuchblatt
- 2. Bauzeichnungen im Maßstab 1:100 (Grundrisse, Schnitte, Ansichten) mit eingez. Nutzung/Möbelstellung (gem. § 4 BauPrüfVO)
- 3. Bau- und Betriebsbeschreibung (gem. § 5 BauPrüfVO)
- 4. Berechnung des Brutto-Rauminhalts aller Gebäude nach DIN 277 (gem. § 6 BauPrüfVO)
- 5. Berechnung der Wohnflächen (WoFIV) und gewerblichen Nutzflächen (DIN 277)
- 6. Kostenberechnung nach DIN 276 mit Unterschrift der/des Bauvorlageberechtigten oder der Entwurfsverfasserin bzw. des Entwurfsverfassers (zu § 6 BauPrüfVO)
- 7. Wärmeschutznachweis nach § 68 BauO NRW, ggfs. Nachweis eines höherwertigen Effizienzstandards durch Energieeffizienz-Experten/-innen
- 8. Bei Aufteilung nach WEG: Teilungserklärung bzw. Entwurf, Teilungsplan
- 9. Nachweis für die im Finanzierungsplan ausgewiesenen Mittel (Eigenkapital, [unverbindliche] Darlehenszusage[n], Selbsthilfe auf vorgeschriebenem Vordruck)
- 10. Gegebenenfalls der Grundstückskaufvertrag/Entwurf des Kaufvertrags
- 11. Bei Erbbaurechten: vollständiger Erbbaurechtsvertrag
- 12. Bei Erhalt von Bestandsgebäuden auf dem Besicherungsgrundstück: Angaben zu Erträgen, Flächen und Baujahr (aktuelle Mieterlisten usw.)
- 13. Bei vorhandenen Gewerbeeinheiten: Mietverträge
- 14. Gegebenenfalls eine Bankbestätigung über die vorhandene Darlehensrestschuld mit Angabe des einfach ursprünglichen Nominalkapitals und der vereinbarten Konditionen (Zins- und Tilgungssatz in Prozent) nach neuestem Stand
- 15. Gegebenenfalls Selbsthilfeerklärung (auf vorgeschriebenem Vordruck)
- 16. Zeichnerische Darstellung der Freiflächengestaltung im Maßstab 1:500 oder 1:250 mit Darstellung der Begrünung des Grundstücks, der Unterbringung des ruhenden Verkehrs, des Umgangs mit dem Regenwasser und dem flächenmäßigen Nachweis, dass mindestens ein Drittel der Grundstücksfläche als Grünfläche (ohne Stellplätze) gestaltet ist
- 17. Gegebenenfalls die Vertretungsvollmacht für die Bevollmächtigte/den Bevollmächtigten
- 18. Bei Zusatzdarlehen für
- standortbedingte, gebäudebedingte oder städtebauliche Mehrkosten: Gutachten, qualifizierte Kostenaufstellung, Rechnungen oder Kostenvoranschläge
- Klimaanpassungsmaßnahmen und besondere Wohnumfeldqualitäten: Kostenvoranschlag,
- Energieeffizienz: Nachweise durch Energieeffizienz-Expertin oder Energieeffizienz-Experten
- __ Bauen mit Holz: Nachweise
- ein Mehr an barrierefreiem Wohnen, wenn der Wohnraum Menschen mit Schwerbehinderung vorbehalten werden soll: Bedarfsbestätigung der zuständigen Stelle
- ___ Planungswettbewerbe: Registriervermerk und Auslobungsunterlage
- **19. Gilt nur für Wohnungen mit BEG Effizienzhaus 55 Standard:** der BEG Effizienzhaus 55 Standard ist mit Bezugsfertigkeit durch eine Energieeffizienz-Expertin oder einen Energieeffizienz-Experten nachzuweisen.
- 20. In Bergsenkungsgebieten eine Erklärung der Bergbaugesellschaft über die Notwendigkeit von baulichen Anpassungs- und Sicherungsmaßnahmen und gegebenenfalls die Kostenübernahme
- 21. Gegebenfalls Nachweise zu Altlasten und Baulasten
- 22. Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung der antragstellenden Person auf separatem Vordruck (wird von der Bewilligungsbehörde ausgegeben)
- 23. Zusätzliche Unterlagen werden auf Anforderung der Bewilligungsbehörde nachgereicht

¹³ Die Unterlagen Nr. 1 bis 15 werden von der Bewilligungsbehörde an die NRW.BANK weitergeleitet.